



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Oesterichs Zukunft.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Oestreichs Zukunft.

Der Friede zwischen Oestreich und Preußen ist geschlossen; die preußischen Truppen werden bald den östreichischen Kaiserstaat geräumt haben, und die beiden mächtigen Nebenbuhler, welche hundertjährige Gegnerschaft hoffentlich zum letzten Mal auf das Glück der Waffen gesetzt haben, müssen nun daran gehen die Stellung, die ihnen das Glück der Waffen angewiesen hat, nach allen ihren Richtungen begreifen zu lernen, um danach Maß und Ziel ihrer zukünftigen äußern und innern Politik sich festzustellen. Während Preußen die hohe Aufgabe zugefallen ist, einen Bund zu schaffen, der die Mannigfaltigkeit staatlicher Verbindungen des Menschengeschlechts um eine neue wichtige Probe bereichern soll, während es in seine Hände gelegt ist, einem großen Volke endlich die ihm entsprechende Lebensform zu bereiten, und von der Lösung dieser Aufgabe nicht nur das Schicksal dieses Volks, sondern wahrscheinlich die Entscheidung der Frage bedingt ist, ob die Monarchie auf dem europäischen Festlande auch fernerhin im Stande sein werde, den mächtigen Strömungen von jenseits des Oceans zu widerstehen — ist Oestreich das ungleich unscheinbarere Loos zugefallen, um seinen eigenen Bestand zu ringen, den Bestandtheilen eines alten Reichs einen neuen Lebensimpuls zu geben, der alle Glieder durchdringen und zum festen modernen Staate einigen soll. Unscheinbarer, und dennoch gleichfalls von hoher Wichtigkeit für das künftige Europa. Wir Deutsche, des Nordens wie des Südens, werden unsere Aufmerksamkeit und geistige Arbeit bald vorwiegend durch die Gestaltungen auf deutschem Boden absorbiert sehen, und dennoch ziemt es uns, dem Oestreich, mit dem wir eben im Kampfe gestanden haben, lebendige Theilnahme zu widmen, in freundschaftlicher Gesinnung für die demselben angehörenden uns verwandten Stämme, und im allereigensten Interesse. So gerecht und tief der Zorn war, den wir im nördlichen Deutschland über die unwürdige lügenhafte Stellung der deutschen Presse in Oestreich während des letzten Krieges empfinden mußten, die Waffe des Hasses ist uns, Gott sei gedankt, im Ganzen fern geblieben, und ohne Haß vermögen wir den ferneren Geschicken Oestreichs zu folgen. Von unmittelbarstem Interesse aber werden diese Geschicke für uns sein, so frei auch die Bahn für unseren Lauf geworden sein mag. Wird diesem Oestreich sein Neubau gelingen? Niemand vermag es zu sagen: politische Parteistellung, gründlichere oder oberflächlichere Kenntniß der Zustände mögen mehr zum Glauben an den Erfolg oder zum Zweifel daran hinneigen lassen; indeß die Factoren des Gelingens sind so mannigfaltig und so unberechenbar, daß man das Prophezeien auch hier am besten sich fern hält.

Aber sollen wir wünschen, daß das Werk gelinge, soll dies namentlich die deutsche national-liberale Partei wünschen? das ist eine Frage, deren Beantwortung wir uns grade jetzt nicht ersparen können. Die letztere hängt freilich innig zusammen mit der Bestimmung der Mittel, durch die der Zusammenhalt möglich ist, der Zwecke, deren Erfüllung dem neuen Oestreich vorgezeichnet sein wird. Eines jedoch dürfen wir uns wohl auch ohne näheres Eingehen auf diese Fragen vorbehalten, daß nämlich ein Zerfall Oestreichs vor einer festen Gründung des neuen Deutschlands die jetzige Spaltung zwischen Nord und Süd verewigen würde. Der Süden würde dann genügende Kraft selbständiger Existenz gewinnen, und getrennt würden beide Complexe ein eigenartiges Leben führen, ihre besten Kräfte, geistige und materielle, in gegenseitiger Rivalität und Befehdung aufzehren und dauernd von dem Ziele abirren, welches das deutsche Volk nach dem Urtheile aller Parteien sich stecken soll. Und ebenso wenig dürfen wir uns verhehlen, daß eine Consolidirung Deutschlands, welche dieses befähigen soll, die Deutschen Oestreichs ohne Störung in seinem Organismus aufzunehmen, lange Jahre, vielleicht Menschenalter brauchen wird. Wir haben also hierin allein schon hinreichenden Grund, die Erhaltung der östreichischen Monarchie wenigstens für lange Zeit noch zu wünschen; ob für immer? das ist eine Frage, deren Lösung von der Gestaltung der Dinge im Oriente wie in unserem Vaterlande abhängt. Haben wir aber solchen Grund, und wäre es auch nur ein eigennütziger, den Fortbestand des Kaiserstaats zu wünschen, so dürfen wir auch wohl in die geistige Arbeit mit eintreten, welche dieser Fortbestand erfordern wird. Es ist vielleicht nicht überflüssig, ein eigenes Interesse an die Spitze der Betrachtung gestellt zu haben, es wird dadurch vielleicht die Anklage eines pharisäischen Rathgebens vermieden. Und auch der Vorwurf unerbetenen Vordrängens wird wohl nicht gehört werden, wo Regierung und Völker noch so weit entfernt scheinen von einem klar erkannten, mit fester Hand entworfenen Programme, wo die verschiedenartigsten Einflüsse mit täglich wechselnder Aussicht auf Erfolg um die Oberhand ringen und wo eine ungeheure Katastrophe zwingt, sich in ganz neuen Verhältnissen zurecht zu finden.

Es mag vielleicht pedantisch erscheinen, und doch ist es nothwendig, bei einer Betrachtung der östreichischen Verhältnisse einen kurzen theoretischen Blick auf die Umwandlung zu werfen, die seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts in der Auffassung des Staates vor sich gegangen ist. Man pflegt sich gewöhnlich mit den Schwierigkeiten, gegen welche der östreichische Staat zu kämpfen, durch einen Hinweis auf die Nationalitätentheorie abzufinden, welche angeblich den Regulator in der modernen Staatenentwicklung bilden soll, und nach der Stärke des Glaubens an die ausnahmslose Geltung dieses Princips pflegt man die Auflösung der östreichischen Monarchie nur als eine Frage der Zeit zu betrachten, oder die gegenwärtigen Krisen nur als vorübergehende Zustände

zu betrachten, aus denen Oestreich glänzend und siegreich hervorgehen müsse, sobald die Theorie aufhören werde, sich eines hohen und mächtigen Patrons zu erfreuen. Jene überschätzen das Princip, indem sie eine allerdings stark und lebendig hervortretende Consequenz einer Grundidee für diese selbst halten, diese unterschätzen sie vielleicht noch mehr, indem sie verabsäumen, auf die letzten Gründe der neueren Staatenumwälzungen zurückzugehen. Das Nationalitätsprincip ist aber ein Ausfluß der Umwandlung des Patrimonialstaats in den modernen Staat, Rechtsstaat, wie man sich allerdings zu eng auch auszudrücken pflegt, oder um eine die Sache vielleicht verdeutlichende Bezeichnung zu gebrauchen, des Landstaats in den Menschenstaat. In jenem ist die Grundlage des Staates, soweit derselbe überhaupt begrifflich hervortritt, das Territorium, in diesem der Mensch; in jenem, der im Besitze einer Person oder einer Mehrheit sein kann, entwickeln sich Rechte und Pflichten der Regierenden wie der Regierten vorzugsweise aus dem Besitze und dem Bewohnen des Territoriums, in diesem aus der Stellung als Haupt einer menschlichen Gemeinschaft, aus dem Verfolgen der mannigfachen menschlichen Zwecke in einer Gemeinschaft. Daraus folgt denn: der Patrimonialstaat kann willkürlich sein in seiner Abgrenzung, maßgebend sind nur der Werth und die Sicherheit des Besitzes; der Staat als menschliche Gemeinschaft kann sich dauernd nur stützen auf innere Gründe des gemeinschaftlichen Zusammenschließens. Einer der mächtigst wirkenden Gründe menschlicher Vereinigung ist aber die Stammesgemeinschaft, aus ihr entwickeln sich die bedeutendsten Factoren gedeihlicher staatlicher Entwicklung: gegenseitiges Verständniß, gegenseitiges Vertrauen, Selbstachtung, Selbstvertrauen, der Glaube an eine hohe Aufgabe der Gemeinschaft, allgemeiner Gewinn an der geistigen Arbeit der Glieder der Gemeinschaft, und andre mehr. Indem aber die Stammesgemeinschaft zum Bindemittel des Staates als einer menschlichen Gemeinschaft wird, wirkt sie zugleich anziehend, indem sie sich erhebt über die Willkürlichkeit patrimonialer Begrenzung und auf die Vereinigung des ganzen Stammes zum Staate hinstrebt, und zugleich ausschließend, auflösend, indem sie sich loszuringen bestrebt von einer Gemeinschaft mit solchen, mit welchen sie nur ein patrimoniales der inneren Gründe entbehrendes Band verbindet, und welche der Entwicklung des Stammes als menschlicher Gemeinschaft hinderlich sind.

Hierzu kommt aber, will man das Ringen der Gegenwart verstehen, noch ein Zweites, das allerdings mit der veränderten Auffassung der Staatsidee zusammenhängt, aber nicht nothwendig aus ihr folgt, die veränderte Richtung, welche die Freiheitsidee genommen hat, bei welcher die negative Freiheit, die Freiheit des Nichtregiertwerdens die Gemüther der Menschen nicht mehr befriedigt, sondern sie zum Mitregieren, zum directen Einfluß auf die Leitung des Staates hinstreben läßt.

Diese beiden Ideen sind es, welche die Umgestaltung Europas vollziehen. Der Staat eine lebendige menschliche Gemeinschaft, die ihre natürlichste Grundlage in der Nationalität findet, und die Erweiterung des Freiheitsbegriffs zum Streben nach Theilnahme an der Regierung. In Deutschland macht sich die einigende Wirkung der ersteren geltend, das allgemeine Wahlrecht ist die Concession, die man der zweiten machen zu müssen geglaubt hat, und vielleicht ist dies der Punkt, von dem aus das Gewitter in die Fugen des neuen Gebäudes einbrechen wird, der jedenfalls die politische Reife und Tüchtigkeit des deutschen Volkes auf eine starke, schwere Probe stellen wird. Oestreich ist, man möchte sagen, der Patrimonialstaat par excellence, durch das Glück und die Fähigkeit einer nach weitem Besitze strebenden Dynastie ist ein großes Territorium zusammengebracht, auf dem die verschiedenartigsten Völker wohnen, verschieden nach Sprache, Bildung, Charakter, Erwerbsthätigkeit, Wohlhabenheit. Diese Völker sollen aus dem zufälligen Zusammenwohnen sich zu einer auf innere Gründe der Zusammengehörigkeit gebauten menschlichen Gemeinschaft erheben, der Landstaat kann nicht Landstaat bleiben, weil er nicht hinter den Ideen der übrigen Welt zurückstehen will und kann, und doch fehlt die beste und stärkste Grundlage der menschlichen Gemeinschaft: die Stammesgemeinschaft. Und das Streben nach Mitregieren, in andern Staaten eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Form des Freiheitstrieb's; eine Idee, deren Werth von den verschiedenen Bestandtheilen der staatlichen Gesellschaft nicht gleich geachtet und daher in ihrer Wirkung hierdurch abgeschwächt wird, gestaltet sich hier zum stärksten aller Triebe, dem Selbsterhaltungstrieb der Nationalität, dem keine Partei sich entziehen kann, die auf dem Boden der Nationalität steht.

Dies sind die Schwierigkeiten, mit denen die östreichische Regierung, der östreichische Staat zu kämpfen hat; stark genug, um auch weisere Staatsmänner, als die Neuzeit in Oestreich zu Tage förderte, an der Lösung ihrer Aufgabe, an der Erhaltung der Staatseinheit verzweifeln zu lassen. Die richtige Erkennung der inneren Natur der Schwierigkeiten ist auch hier, wie überall, die erste Vorbedingung dieser Lösung, und das unsichere Tasten, das sich grade jetzt bemerkbar macht, der pythisch-geheimnißvolle Ton aller officiellen und officiösen Mittheilungen läßt billig bezweifeln, ob diese Erkenntniß vorhanden sei.

Es ist oben gesagt, die Nationalität sei die stärkste Grundlage, auf der sich der moderne Staat aufbauen kann, das innigste Bindemittel einer lebendigen menschlichen Gemeinschaft, die sich zum Staate erhebt. Aber sie ist nicht die einzige Grundlage, und dies ist das richtige Maß, worauf die Nationalitätstheorie zurückzuführen ist. Welche Grundlagen bleiben aber außerdem und welche wird stark genug sein, um die Zukunft Oestreichs darauf zu bauen? Das ist die Frage, die man in Oestreich sich zu beantworten hat, und zu deren Beantwortung hier beigetragen werden soll.

Die ganze bisherige Entwicklung wird zur Genüge deutlich gemacht haben, daß es ganz unzulässig wäre, die gemeinschaftliche Dynastie oder das Heer als solche Grundlagen zu betrachten. Das dynastische Gefühl mag in Oestreich, namentlich bei einzelnen Völkern, stark ausgeprägt und deshalb ein wichtiger Factor der politischen Rechnung sein, aber die Lebensidee, den innern Grund der staatlichen Gemeinschaft wird es nimmermehr bilden können. Ebenso mag das Heer ein unentbehrliches Mittel der Erhaltung der Staatseinheit sein, es mag sich in ihm das Gefühl dieser Einheit so lebendig verkörpert haben, daß in ihm zeitweilig Oestreich ist, aber grade die Abtrennung des Heeres als gesonderten Begriffs von der übrigen Gemeinschaft des Staates zeigt ja am deutlichsten, daß es der belebende Träger der letzteren nicht sein kann, daß es ein starkes politisches Werkzeug, aber keine grundlegende politische Idee sein kann.

Es liegt in Oestreich nahe, an die katholische Kirche als Grundlage des Staates zu denken, Oestreich das weltliche der beiden Schwerter, denen die Welt gegeben ist, die weltliche Vormacht des Papstthums in seiner univervellen Stellung. Es war dies der Traum der Jarcke und Genossen, aber früher als sie wohl vermuthet, hat sich die Waffe in zwei schweren Krisen nicht nur als unzureichend, sondern sogar als gefährlich gezeigt, dem Gegner hat sie nicht nur keine erhebliche Verlegenheit bereitet, sondern sie hat auch die eigene Sache verdorben, die Kämpfer nicht mit freudiger Hingebung erfüllt und manchen Genossen verschucht. Der Katholicismus mag heftige Leidenschaften erregen können, staatenbildende, staatenerhaltende Idee vermag er nicht mehr zu sein, dazu ist das religiöse Gefühl in den Völkern nicht mehr stark genug, dazu muß er sich, grade je mehr er zur staatlichen Macht werden will, in zu scharfen und principiellen Gegensatz mit der ganzen modernen Bildung, mit den treibenden Gewalten der Gegenwart setzen. Er kann es in Oestreich aber um so weniger sein, als grade in der Rationalität, deren Befriedigung das große Räthsel östreichischer Staatskunst ist, der Protestantismus eine Macht ist und in inniger Verbindung mit der nationalen Bewegung steht.

Daß umgekehrt ein großer Grad von Freiheit den Ring bilden kann, der verschiedene Nationalitäten und Confessionen zu einem Staate, wenigstens zum Bundesstaate fest zusammenschließt, dafür ist die Schweiz ein reiches Beispiel; aber es genügt, dieses Beispiel zu nennen, um dieses Experiment für Oestreich unanwendbar erscheinen zu lassen.

Einer der wichtigsten Hebel staatlicher Solidarität ist die Gemeinschaft der materiellen Interessen; aber theils sind die materiellen Interessen der einzelnen östreichischen Gebiete, wenigstens dem Anscheine nach, widerstrebend und der Ackerbaustaat Ungarn steht sich mit Unwillen den Industriellen Deutschösterreichs zinspflichtig gemacht, theils hat eben Oestreich eine Hauptregel aus der Makrobiotik patrimonialer Staaten: „gute Wirthschaft“ zu sehr aus den Augen gesetzt, und so

darum wirkt grade dieses wichtigste Moment staatlicher Einigung fast mehr centrifugal als centripetal und bildet eine der Hauptschwierigkeiten beim österreichischen Neubau.

Auch das Bewußtsein, Glied eines großen Staates zu sein, theilzunehmen an dem historischen Glanze, der auf diesem Staate ruht, an der geachteten Stellung, die seine Bürger in der Welt einnehmen, ein Bewußtsein, welches die deutschen Elsässer zu guten französischen Bürgern macht, kann nach Katastrophen, wie sie der österreichische Staat erlitten hat, ihm kaum als genügende Grundlage seiner Existenz dienen. Es mag sich wohl in Zeiten großer äußerer Conflictе dieses staatliche Gefühl aufraffen zu gemeinschaftlichem Angriffe oder zu gemeinschaftlicher Vertheidigung, aber für die Zeiten ruhiger Entwicklung kann die Liebe zum österreichischen Gesamtstaat als solchem schwerlich als stark genug angenommen werden, um darauf hin allein das neue Gemeinwesen aufzubauen, sonst könnten wir das Schauspiel nicht erleben, das sich seit Jahren vor unseren Augen abspielt, sonst wären an die österreichischen Staatsmänner die Aufgaben nicht gestellt, an deren Lösung sie sich mit so wenig sichtbarem Erfolge abmühen.

So dürfte denn in der Hauptsache nur die Function des Staates als Schutzgemeinschaft zu prüfen übrig bleiben. Der Schutz, den der Staat dem einzelnen Individuum in seinen Rechten und Interessen angedeihen läßt, ist selbstverständlich ein starkes conservatives Moment, aber dennoch dürfte die Furcht vor der Revolution, vor staatlichen Umwälzungen kaum mächtig genug sein, um den Bestand des österreichischen Staates sicher zu stellen; die Revolution will ja nicht den staatlichen Schutz beseitigen, sie will die staatlichen Verhältnisse bessern, und der Zweifel, daß dies nicht gelingen möchte, ist nicht allezeit überwiegend. Es fragt sich, ob der österreichische Staat als solcher gewissen Interessen einen Schutz verleiht, den diese von anderen staatlichen Gestaltungen nicht zu erwarten haben, ob insonderheit die vielen verschiedenen Völkerschaften Oesterreichs an der Erhaltung der österreichischen Monarchie das starke Interesse des Schutzbedürfnisses befriedigt finden. Es mag vielleicht seltsam erscheinen, und doch dürfte es der Wahrheit entsprechen, wenn diese Frage vorerst und vielleicht nur für die Nationalität bejaht wird, welche sich am allerschwersten in den österreichischen Staatskörper einfügen läßt, der ungarischen. Die Deutschen Oesterreichs mögen vielleicht in einem Zerfall des Kaiserstaats das Zerrinnen eines stolzen Traumes erblicken, die Kaiserstadt zumal mag den Gedanken unerträglich finden, nicht mehr die Hauptstadt eines großen Reiches zu sein, und dennoch, die deutsche Nationalität mag in der Wiedervereinigung mit dem Reiche gewiß keine Gefahr, vielmehr neue Befruchtung und Sicherung erblicken. Ebenso mag der Slave in Oesterreich vielleicht zeitweilig es in seinem Interesse finden, den Gesamtstaat zu stützen und als Gegengewicht gegen feindliche Tendenzen

anderer Nationalitäten zu benutzen; aber die Verwirklichung der slavischen Pläne ist doch von der Zerspaltung des Kaiserstaats bedingt, ein dauerndes Interesse an der Erhaltung desselben wohnt seinen slavischen Bestandtheilen nun und nimmer bei. Wohl aber müssen die Magyaren sich sagen, daß eine Vereinigung der slavischen Völker, von denen sie rings umfluthet und durchzogen sind, ihre Nationalität in die äußerste Gefahr bringen muß, daß der starke Damm, den der Bestand Oesterreichs jener Vereinigung entgegenstellt, für sie von der höchsten Wichtigkeit ist, daß Oesterreich sie vor den Slaven retten muß, wie es sie vor den Türken gerettet hat. Dieses Bewußtsein scheint sich auch in der letzten Krisis bethätigt zu haben; so stark der Unmuth über das neue Versagen der erstrebten Concessionen war, so groß die Gefahr war, daß österreichische Siege in Deutschland zugleich Siege über Ungarn sein würden, die verständigen Führer der Nation haben doch Bedenken getragen, selbst mit Hand anzulegen an die Zertrümmerung der Monarchie, die trotz alledem den schützenden Rahmen für sie bildet. Die Kämpfe der früheren Jahre wie der Gegenwart mit den südlichen Slaven mögen wohl die Gefährlichkeit des Traumes, ein eigenes Reich bis zu den Küsten des mittelländischen Meeres zu gründen, den nüchternen Patrioten zur Genüge vor Augen geführt haben.

Ist dem aber so, haben die Magyaren unter den österreichischen Völkern das stärkste Interesse an der Erhaltung der Monarchie, dann muß auch die österreichische Staatskunst dieses Interesse als den eigentlichen Lebensfaden des Staates betrachten, der wohl oder übel ersetzen muß, was andere Staaten groß, stark und menschenwürdig macht. Es entspricht diesem Gedanken, wenn die Verständigung mit Ungarn dann auch officiell auf dem Programme der Regierung wie bei den Deutschen steht; aber freilich, was man über diese Verständigung hört, klingt noch so nebelhaft, daß man versucht ist, sie mehr für die Ausflucht eines instinctiven Bedürfnisses als für die Frucht eines klaren politischen Gedankens zu halten. Die Schwierigkeit der Sachlage beruht, wie wir sehen, in der gleichzeitigen Befriedigung der Nationalitäten und des Strebens derselben nach Mitregierung. Die Frage, ob sich alle österreichischen Völkern in einem Centralparlament zu dauernder Befriedigung und Belebung des Reiches vereinigen lassen, muß nach den Erfahrungen der letzten Jahre zur Zeit verneint werden. So scheinen nur der Dualismus oder der Föderalismus übrig zu bleiben.

Wir in Deutschland haben fünfzig Jahre an dem Dualismus gekrankt und in schwerem Kampfe ihn endlich überwunden, wir müssen, wenn wir aufrichtig sein wollen, von ihm ernstlich abrathen. Eine Personalunion mit Ungarn, verantwortliche ungarische Minister, heißt den Zerfetzungsproceß in Oesterreich organisiren. Es rächt sich hier bitter, wie die direct oder indirect unter österreichischem Einflusse stehende Presse geleitet wird; jenes fortwährende Präconisiren von schöpfer-

rischen Staatsgedanken, von einem neuen Oestreich läßt alle staatlichen Maßnahmen unter dem Gesichtspunkte von mehr oder weniger gutem Willen betrachten und vergessen, daß es für jede Regierung ein non possumus giebt, über das sie nicht hinaus kann. Hätte die österreichische Regierung eine unabhängige Presse zur Seite, die dies unverhohlen ausspräche, so könnte sie darin eine starke Stütze finden. Anstatt dessen wurde jeder als mißgünstig betrachtet, der an dem Zustandekommen der ungarischen Verständigung zweifelte, um der äußern Politik willen wurde diese fortwährend als nahe bevorstehend verkündet, manche treue Dienerin Oestreichs in der Presse gefiel sich schon in der Aufstellung von ungarischen Ministercandidatenlisten, anstatt zu untersuchen, welches denn die staatsrechtlichen und politischen Folgen eines ungarischen Ministeriums sein würden, und so kann man es denn den Ungarn schließlich nicht übel nehmen, wenn sie an dem guten Willen der Regierung zweifeln.

Die Forderung der Personalunion Seitens der Ungarn ist ein Act der Defensive gegen die Ausbeutung durch den Gesamtstaat, und ein Postulat des Bedürfnisses nach Mitregierung; beide natürliche Forderungen können beschwichtigt werden, wenn man den Ungarn einen wesentlichen Antheil an der Leitung des Gesamtstaats giebt. Sobald die Ungarn fühlen, daß der Gesamtstaat nicht mehr gebraucht wird, um Ungarn gegen seine natürlichen Interessen demselben dienstbar zu machen, sobald die Erhaltung des Rahmens, der den Ungarn selbst stärkstes Bedürfnis ist, die ausschließliche Richtschnur der österreichischen Politik wird, sobald man das Streben aufgibt, vermittelst der ungarischen Kräfte in Deutschland zu herrschen, und vermittelst Deutschlands in Ungarn, sobald die Ungarn wahre ungarische Patrioten im österreichischen Ministerrath sehen, werden sie aus ihrer defensiven Haltung heraustreten und an der Reconstitution des Gesamtstaats aufrichtigen Antheil nehmen können. Und wahrhaftig, es wird dem österreichischen Staate nicht zum Schaden gereichen, wenn die tüchtigen Staatsmänner Ungarns den bedauerlichen Mangel Oestreichs an solchen Männern ergänzen helfen. Dann wird aber auch mit der Zeit möglich werden, was jetzt nicht ist, eine österreichische Gesamtstaatsvertretung. Dazu ist aber vor allem Eines nöthig, eine aufrichtige Verständigung der deutschen Nationalität mit den Ungarn. Bis jetzt haben die Deutschen in der Regel sich mit den Slaven verbündet, um mit ihnen gemeinsam die Ungarn zu majorisiren, darauf schielt der jetzige Centralismus hin. Damit müßten aber die Deutschen aufrichtig brechen, und sie können es, weil eine Verständigung mit den Ungarn im beiderseitigen Interesse liegt. Sie werden, indem sie den wahren Zerfetzungskeim der österreichischen Monarchie in dem Slavismus erblicken, sich auf dem gemeinschaftlichen Boden der Erhaltung derselben zusammenfinden, sie sind auf einander am meisten gewiesen durch Bildung, Gesittung, Charakter; ehe die Gegensätze geschärft waren, holte der Ungar gern seine Bildung aus

Deutschland, dies wird wieder stattfinden, sobald das Deutschthum aufhört, eine feindliche Macht zu sein; die ungarischen Protestanten sehen sich durch enge Bande an den deutschen Protestantismus gefesselt, die ungarische Nationalität wird der deutschen nie gefährlich werden, aber im Gegensatz zur slavischen fühlen wir die ganze Möglichkeit eines dereinstigen Weltkampfes heraus. Freilich muß der Deutsche in Oestreich darauf verzichten, durch Theilung herrschen zu wollen, er muß sich als gleichberechtigtes, aber nicht bevorrechtetes Glied des Ganzen erkennen lernen, und jenes Wienerthum, welches den letzten Krieg wesentlich auf dem Gewissen hat, muß gründlich ausgerottet werden; dabei wird es aber der deutschen Nationalität in Oestreich nur zum Vortheil gereichen, wenn jenes ruhige Genußleben aufhört, das durch die bisherige Stellung im Gesamtstaate wesentlich bedingt war. In dieser willigen Einräumung eines vollwichtigen Antheils an der Leitung des Gesamtstaats an die Ungarn, in der aufrichtigen Allianz der Deutschen und Magyaren dürfte denn die Erhaltung der Monarchie bedingt, die Möglichkeit eines Fortschreitens auf liberalen Bahnen gegeben sein. Und aus diesem Grundgedanken entwickelt sich auch die Richtung der österreichischen äußern Politik von selbst; es darf nichts geschehen, was den jetzigen Schwerpunkt der Monarchie, das Gleichgewicht der Kräfte wieder verrücken könnte; das Ausscheiden aus Deutschland muß also definitiv sein, es muß erkannt werden, daß erst nunmehr eine Verständigung mit Ungarn und die Inaugurirung einer specifisch österreichischen Politik möglich geworden ist; ebenso wenig darf Oestreich danach trachten, seinen Territorialverlust durch slavischen Besitz zu ergänzen, dadurch würde das Slaventhum den Deutschen und Magyaren gegenüber zu sehr gestärkt werden, ohne daß doch der österreichische Staat den Slaven genügen könnte. Die äußere Politik muß also wesentlich konservativ sein, verhüten, daß eine große slavische Uebermacht im Orient sich ausbilde, im Uebrigen aber jeder Intervention, jeder Aggression entschieden entsagen.

Wird diese Politik verfolgt, dann kann mit der Zeit auch das Gleichgewicht in den österreichischen Finanzen und damit eine neue solide Basis der Erhaltung Oestreichs gewonnen werden, die Grundlage der materiellen Interessen. Damit harmonirt es denn freilich wenig, wenn man von einer Vermehrung der österreichischen Regimenter liest; zu den Zwecken, für die Oestreich in der Folge Krieg führen soll und darf, ist das jetzige Heer zu groß und zu theuer.

In der innern Politik muß man sich bemühen, da man, vor der Hand wenigstens, das Bedürfniß des Mitregierens noch nicht allgemein befriedigen kann, doch der negativen Freiheit so weite Schranken zu geben, als es die österreichischen Zustände irgend vertragen; also große individuelle Freiheit, weit-

gehende Autonomie in Gemeinde, Bezirk und Provinz, damit der Absolutismus in der Gesamtleitung nicht als Lust am Absolutismus, sondern als ungerne ertragenes und nur vorübergehendes Auskunftsmittel erscheint.

In der Handelspolitik müssen die Wünsche und Bedürfnisse Ungarns auf richtige Berücksichtigung finden.

Es muß bei dem engen Raume, der hier beansprucht werden darf, genügen, die Grundgedanken aufgestellt, die Mahnungen in allgemeinsten Form ausgesprochen zu haben. Letztere sind ebenso sehr an die österreichischen Völker gerichtet, wie an die Regierung, auch erstere werden noch mancher richtigeren Auffassung ihrer Interessen und Aufgaben Raum geben müssen, wenn der Aufbau des österreichischen Staates gelingen soll; ob die ersteren dazu im Stande sein werden, ob nicht die lange unbefriedigten Leidenschaften losbrechen und das Ganze in Flammen setzen werden, das ist freilich eine Frage, die fast mehr dem Psychologen als dem Politiker zufällt. Jedenfalls aber wird es Aufgabe der Führer der Nation sein, für das richtige Verständnis zu wirken und sich selbst demselben rückhaltlos zu erschließen.

Der Deutsche in Oestreich mag vielleicht dem Deutschen großen, der ihm, nachdem er ihn aus Deutschland gewiesen, nur die bescheidene Rolle in Oestreich zuweist, die ihn von der vorwiegenden Beherrschung des Gesamtstaates ausschließt. Aber mag auch die Stellung des Deutschösterreichers weniger glänzend sein, als sie vielleicht den Bürgern des hoffentlich bald ganz in engem Bunde geeinigten Deutschlands zu Theil werden wird, seine Aufgabe wird doch eine große und dankbare sein, der Träger der Cultur, der Bildung und Sitte in dem großen Oestreich zu sein, eine solche Aufgabe ist menschlichen und nationalen Lebens würdig, und diejenigen, die ihre Kraft und Arbeit an dieselbe setzen, werden sich rühmen können, ein gleichberechtigtes Glied der europäischen Völkergemeinschaft zu sein.

## Was hielten die Reformatoren von den Wuchergesetzen?

In der neulichen so originellen Debatte des preussischen Herrenhauses über Aufhebung der Wuchergesetze stützten sich die „Herren“ wesentlich auch auf das von der Kirche abgegebene Verdammungsurtheil über den Wucher und auf ihre